

Horst Müller

## **Transformationsprozesse der sozial-ökonomischen Praxis und Grundriss einer Systemalternative**

*Zeitschrift Widerspruch/München, Heft 47/2008, S. 89-104 – [www.widerspruch.com](http://www.widerspruch.com)*

Die Frage nach einer konkreten Alternative zur bestehenden Ökonomie stellt nicht nur für die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften heute die größte Herausforderung dar, sondern ist auch für die Zukunft der sozialen und politischen Bewegungen von zentraler Bedeutung. Sie verweist zugleich auf ungeklärte Fragen im Anschluss an die Marxsche „Kritik der politischen Ökonomie“. Denn diese zeigte zwar das systemeigene Grundproblem und den historischen Charakter des Kapitalismus auf und orientierte, vortastend, auf die Möglichkeit einer zivilisatorisch höher stehenden Gesellschaftsform. Dennoch gibt es bis heute, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen aus den gescheiterten Experimenten des „realen Sozialismus“, keine überzeugende und praktikable Konzeption für eine nichtkapitalistische Wirtschaftsweise und damit verbundene befriedete gesellschaftliche Verhältnisse.

Es ist ein merkwürdiger Sachverhalt, dass 150 Jahre nach dem Marxschen Großangriff auf „das Kapital“ noch keine Alternative aufgewiesen werden kann. Selbst in den Ansätzen einer „kritischen Wirtschaftstheorie“ oder „alternativen Wirtschaftspolitik“ ist kein Bruch mit dem System erkennbar. Nachfolgend versuche ich zu zeigen, dass in diesem Mangel eine fundamentale Entwicklungshemmung der politischen Ökonomie als Wissenschaft zum Ausdruck kommt, die bereits in der Marxschen Konzeptualisierung und den anschließenden, bis heute nicht überwundenen Fixierungen und Dogmatisierungen wurzelt. Diese haben dazu geführt, dass der kapital- und krisentheoretische Ansatz bis heute im Modus einer bloß negativ bleibenden Kritik fortgeschrieben wurde.

Um demgegenüber einen positiven Leitgedanken und prospektiven Forschungsansatz zu gewinnen, beginne ich mit der theoretisch-historischen Relativierung bestimmter Marxscher Theoreme; danach soll das Konzept der Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft erläutert und damit einer Prüfung und Diskussion überantwortet werden.

### ***Zur Problematik der Marxschen Konzeptualisierung***

Die Gesellschaftsformation, in der die kapitalistische Wirtschaftsweise herrscht, stand zu Marx' Schaffenszeit offenkundig erst in der Frühphase ihrer Entfaltung. Vieles spricht dafür, dass wir am Beginn des 21. Jahrhunderts, nach gravierenden Wandlungen, am Ende dieser historischen Praxisformierung stehen. Die grundlegend veränderte Situation verlangt, den ursprünglichen Ansatz von Marx in wesentlichen Aspekten zu modifizieren und prospektiv zu überschreiten. Dies betrifft sowohl seine dialektisch-praxisanalytische Methodologie als auch die wert- und reproduktionstheoretische Modellierung, auf der die Kapitaltheorie fußt.

Die fundamentale Operation, auf der die Marxsche Analyse beruht, entspricht der damaligen wirtschaftsgeschichtlichen Situation. Sie besteht in der Modellierung der im Werden begriffenen Entwicklungsgestalt des Kapitalismus, der industriellen Warenproduktion. In Auseinandersetzung mit den Theorien seiner Vorgänger gelang Marx – inspiriert von Quesnays „Tableau Economique“ – die Konstruktion eines in zwei Abteilungen gegliederten Reproduktions-szenarios. Er untersuchte mit Blick darauf die Fragen des ökonomischen Werts und Mehrwerts, dechiffrierte die inneren Wertverhältnisse, die grundlegenden Kategorien und Formbildungen der Kapitalwirtschaft, die sich in der bekannten Wertbildungsformel „ $c + v + m$ “ darstellen. Zugleich deckte er die gesellschaftlichen Antagonismen dieser Wirtschaftsweise auf. Marx' Analyse enthüllte, dass der kapitalwirtschaftliche Kalkül der gesellschaftlichen Reproduktion und Praxis einen unablässig treibenden Verwertungszwang aufherrscht, der sich vor allem in der Tendenz zur Rationalisierung, Akkumulation und Expansion manifestiert. Der

rastlose ökonomische und gesellschaftliche Vortrieb führt bis zur Vollendung des Weltmarkts – verbunden mit fortgesetzter Ausbeutung und Drangsalierung der arbeitenden Menschen. Durch die Erfassung dieses Systemkerns gewann Marx Vorausblicke, die sich bis in die Gegenwart in frappierender Weise bestätigen. Dabei wurden allerdings die Entwicklungsmöglichkeiten und die bis heute wirkende hegemoniale Macht dieser Wirtschaftsweise und gesellschaftlichen Praxis unter- sowie das revolutionäre Potenzial der Arbeiterklasse weit überschätzt.

Aus heutiger Sicht stellt sich im Marxschen Modell ein noch unentfalteter, unreifer Kapitalismus dar. Die zentrale Entwicklungshemmung der politischen Ökonomie ist daher in seiner Konzeptualisierung der *industriellen Warenproduktion* als *Totalität* angelegt, die zugleich die so genannte „unproduktive“, aus Sicht der Kapitalverwerter nicht Mehrwert schaffende Arbeit aus der Kernanalyse ausblendet. Aufgrund der fortdauernden Fixierung auf diese eingeschränkte Perspektive konnten entscheidende Elemente und Prozesszusammenhänge eines im 20. Jahrhundert stattfindenden Systemwandels nicht angemessen erfasst werden: die Entfaltung *sozialwirtschaftlicher Dienste*, d.h. infrastruktureller und sozial-kultureller Produktionen sowie die tiefgreifende Veränderung des Staates im Zuge der Entfaltung sozial- und gesamt-ökonomischer Funktionen moderner Staatstätigkeit.

Oft wird vergessen, dass Marx ein weitgehend fragmentarisches Werk hinterließ. Von den drei Bänden des „Kapitals“ erblickte zu Lebzeiten nur der erste das Licht der Welt; den zweiten fand, später, selbst Rosa Luxemburg merkwürdig unfertig. Marx' nicht ausgeführter Arbeitsplan sah noch die Behandlung des Staats und der Steuern, des Außenhandels und des Weltmarkts und schließlich der Fragen einer neuen Produktionsweise vor. So blieb es bei verstreuten Ideen bezüglich einer nichtkapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft, z.B. einer genossenschaftlichen Betriebsführung, einer künftigen Ökonomie der Zeit, einer solidarischen, gesellschaftlich kontrollierten Reproduktionsform oder einer geschichtlich höher stehenden Assoziation der Individuen. Es handelt sich um punktuelle und skizzenhafte Vorgriffe, die kein schlüssiges Gesamtbild ergeben: eine schwere Hypothek für die späteren Versuche, eine sozialistische Ökonomie zu realisieren, und ein den Sozialbewegungen und kritischen Ökonomen bis heute vererbtes Grundproblem.

Marx konzentrierte sich auf die Darstellung der *inneren Widersprüche* der als *Totalität* gefassten industriekapitalistischen Formierung und konnte daher letztlich nur deren Aufsprennung antizipieren. Im Positiven blieb es im Wesentlichen dabei, dass es gelte, im Zuge dieser Umwandlung die gesellschaftliche Kontrolle über eben diesen industriewirtschaftlichen, an sich aber beschränkten Funktionskreis der gesellschaftlichen Arbeit zu gewinnen. So wurde als theoretischer Raum der Analyse nicht der *volle historische Praxisform- und Perspektivenwechsel* aufgespannt und konnte daher auch nicht transformationstheoretisch analysiert werden. Dazu war freilich die Zeit nicht reif; denn um eine entsprechende und unverkürzte Dialektik der gesellschaftlichen Praxis darzustellen, ist der Eintritt in eine Epoche vorausgesetzt, in der die alte und die neue Formierung realiter ineinander übergehen. Das aber kommt, wie zu zeigen ist, erst heute in Reichweite.

### ***Die Neuformierung der kapitalwirtschaftlichen Praxis im 20. Jahrhundert***

Während des 20. Jahrhunderts nahm die Kapitalwirtschaft eine Entwicklung, die die traditionelle Kapitalismus- und Imperialismuskritik nicht mehr recht fassen konnte. Der bereits angesprochene, entscheidende Punkt lag darin, dass Marx die so genannte unproduktive, nicht Mehrwert bildende Arbeit nur als Anhängsel oder Randerscheinung der industriekapitalistischen Warenproduktion betrachtete und daher aus seiner Kernanalyse ausgeklammert hatte. Der Sektor der persönlichen Dienstleistungen erschien nebensächlich; und auch der Staat – in jener Zeit ein Herrschafts- und Verwaltungsapparat mit Zuständigkeiten für einige allgemeine Sozial- und Kulturzwecke – fiel ökonomisch wenig ins Gewicht. Im traditionellen Konzept

werden daher der Staat und mit ihm die tragenden öffentlichen und sozialen Einrichtungen und Leistungen so eingeschätzt, dass sie nur der Aufrechterhaltung des kapitalwirtschaftlichen Betriebs und der sozialen Flickschusterei, letztlich also den Kapitalinteressen dienen. Aufgrund dieser Sichtweise konnten jedoch die enorme Ausdehnung der sozialwirtschaftlichen Dienste und die damit verbundene Reorganisation des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs nicht richtig erfasst werden. Die kapitalistische Produktionsweise selbst induzierte einen Prozess infrastrukturell durchwachsender und zivilisatorisch verdichteter Urbanisierung, mit der eine neue sozial-wirtschaftliche Rolle des Staates einherging, die die betriebliche und kommunale bis hin zur nationalökonomischen Ebene rechtlich und praktisch durchdrang. Diese Entwicklung bahnte sich bereits mit den Sozialgesetzen unter Bismarck an, wurde wesentlich durch den „Fordismus“ mitgetragen und hat sich durch die Politik des „New Deal“ nach der Weltwirtschaftskrise 1929 sowie durch die Kriegswirtschaft weiter ausgeprägt. Nach den Verwerfungen des 2. Weltkriegs konnte während der folgenden Periode des Wirtschaftswachstums das kapitalwirtschaftliche Akkumulationsregime, in Verbindung mit der Erweiterung des internationalen Wirtschaftsverkehrs, die gleichzeitige Ausweitung der sozialwirtschaftlichen Dienste mittragen und aus deren Existenz zugleich zusätzliche ökonomisch-zivilisatorische Impulse erhalten. Dieses wirtschaftsgeschichtlich einmalige Wachstumsmodell verdankte seine Funktionalität wesentlich dem mitwachsenden Werttransfer über sozialstaatliche Instanzen, einer an Bedeutung gewinnenden Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wie sie etwa der keynesianische Begriff der „Globalsteuerung“ anspricht.

In dieser Phase formierte sich der Gesamtzusammenhang der Reproduktion und gesellschaftlichen Selbstorganisation neu. Er beruhte fortan auf einer wert- und reproduktionstheoretisch notwendigen Verknüpfung zwischen industrieller Warenproduktion, sozialwirtschaftlichen Diensten und durchgreifenden ökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit und gewann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit einer Staats- und Sozialquote von 40-60 % sein charakteristisches sozial-ökonomisches Profil. Dieser Zusammenhang bildet die dreistellige Kernstruktur der modernen Zivilisation, in der sich die urbane, kommunal verfasste Praxis als sozialökonomische Basiseinheit des Lebensvollzugs auskristallisiert hat.

Somit war im Rahmen der alten Ordnung eingetreten, was Marx erst für eine postkapitalistische Gesellschaft erwartet hatte: das bedeutende Anwachsen der Mittel zur Befriedigung gemeinschaftlicher Bedürfnisse, wie Erziehung, Bildung und Gesundheit, sowie die Ausweitung der gesellschaftlichen Fonds für die ökonomisch-zivilisatorischen Bedingungen der gesellschaftlichen Praxis. So gesehen ist aber der moderne Sozialstaat nicht nur als ein vorübergehendes Zugeständnis, als bloßer Reparatur-, Besänftigungs- oder Repressionsapparat zu verstehen; er ist zugleich und wesentlich ein organisches Element im erweiterten Reproduktionsprozess des ausgeformten Kapitalismus. Dies alles verdeutlicht die Vorläufigkeit des Marxschen Modells; zugleich aber auch die begrenzte Tiefenschärfe der Interpretationsfolien eines „Monopol-“, „Staats-“ oder auch „Spätkapitalismus“.

### ***Neoliberale Ökonomisierung und der Eintritt in die Übergangsepoche***

Im Fortgang sollte sich die Marxsche Auffassung bestätigen, dass alle Reproduktion zugleich Produktion des Neuen und Destruktion des Alten sei. Zwar blieb der Motor der Entwicklung weiterhin die Rationalisierungs-, Akkumulations- und Expansionsdynamik der Kapitalwirtschaft; aber der Zustand der gesellschaftlichen Praxis wandelte sich im ausgehenden 20. Jahrhundert im Durchgang durch Krisen- und Reorganisationsprozesse abermals. Die „soziale Marktwirtschaft“ ging unter dem Vorzeichen einer neoliberalen Ökonomisierung und Globalisierung in die heutige, wieder anders konstituierte sozial-ökonomische Formierung über. Deren Erörterung möchte ich auf Fragen des Systems der gesellschaftlichen Arbeit bzw. der Reproduktionsform konzentrieren. Von selbst versteht sich, dass der unablässige Verwer-

tungsdruck nicht nur einen Rausch permanenter Neuerung und Beschleunigung erzeugt, sondern zur Ausplünderung tendenziell aller natürlichen Ressourcen und Kräfte, wie auch durch die Exkremente des Prozesses, zur fortschreitenden Umweltzerstörung führt. Marx hatte diese Problematik in dem Gedanken zusammengefasst, dass die kapitalistische Produktionsweise sich nur entwickelt, indem sie die Springquellen allen wahren Reichtums untergräbt, nämlich die Erde und den arbeitenden Menschen.

Betrachtet man die Entwicklung näher, so laufen die Rationalisierungs- und Akkumulationstendenzen auf die Schaffung eines „automatischen Systems der Maschinerie“ hinaus, wie bereits Marx erkannte. Diese Grundtendenz wurde im letzten Vierteljahrhundert durch die neuen Produktivkräfte der Informations- und Kommunikationstechnik auf die Spitze getrieben. Die Implementierung dieser Prozesselemente in die gesamte Unternehmensorganisation sowie in viele Lebens- und Arbeitsbereiche hat schließlich die gesellschaftlich notwendige Arbeit derrart vermindert, dass eine chronische, kapitalwirtschaftlich nicht zu behebende Massenarbeitslosigkeit entstand. Sie bildet nicht mehr nur eine Reservearmee, sondern wird zunehmend zu einer für die Kapitalwirtschaft überflüssigen Erwerbslosen- und Armutsbevölkerung: ein marginalisiertes „Prekariat“ von Ausgesonderten, denen eine entsprechende Behandlung zugemutet wird. Denkt man sich freilich die kapitalwirtschaftliche Form abgestreift, so wären aufgrund der jetzigen Produktivität der Arbeit die Bedingungen sowohl für ein garantiertes Grundeinkommen als auch für eine befriedete Daseinsorganisation gegeben.

Dem wirkt allerdings der wirkliche Prozess entgegen: in der automatisch-informationell hochgerüsteten Reproduktionsform wird immer neu ein produktiver Mehrwert hervorgetrieben, der in der sachlichen Gestalt von Investivmitteln existiert. Da die Reinvestitionen jedoch auf dem Stand fortgeschrittenster technologischer und organischer Zusammensetzung erfolgen, also mit relativ weniger Arbeitskraft und Kaufkraft, ist der klassische Wachstumsmotor abgeschaltet. Die Verwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ist gehemmt, und Investitionen im Inland sind wenig lohnend. Die Folge ist eine chronische, nicht mehr nur konjunkturelle Wachstumsschwäche im Inland, die mit 1-2 % schöngerechnet wird. Zwar gibt es vorübergehend entgegenwirkende Strategien, wie die Auslagerung unternehmensnaher Dienstleistungen oder kurzfristige, an sich sinnlose Bestrebungen zur Beschleunigung der Innovationszyklen durch Modenwechsel; aber die inländische Entwicklungshemmung wird – allen Beschwörungen der kapitalwirtschaftlichen Wachstumseuphoriker zum Trotz – zur Grundtendenz.

Diese chronische Wachstumsklemme erzwingt heute in allen entwickelteren Gesellschaften eine zunehmende Orientierung auf den internationalen Markt, auf den eigenen Waren- und Kapitalexport und schließlich vor allem auf Auslandsinvestitionen: Der Weltmarkt bietet das Ventil, nämlich die Chance, das produktive und das konsumtive Mehrprodukt im internationalen Austausch zu vergolden. Diese eigentümliche Konstellation ermöglicht auf der einen Seite, die Luxusfonds von Profiteuren und vermögenden Schichten zu mehren, während andererseits im Inneren das Wachstum stagniert, die sozialen Polarisierungen zunehmen und die Abhängigkeitsverhältnisse nahezu feudalen Charakter annehmen. Zudem zwingt diese neue Phase der Globalisierung zu einer transnationalen Organisation der Unternehmen, führt zu einer entsprechenden Aufblähung der Finanzsphäre und fördert in allen Weltregionen die Tendenz zur Organisierung erweiterter Wirtschaftsräume. Dabei werden die Wirtschaftsgesellschaften zunehmend zu Werkbänken für die globalen ökonomischen Initiativen, zu ‚Kampfbasen‘ in der steigenden internationalen Konkurrenz oder gar zu Kriegsparteien zum Zweck der vorteilhaften Positionierung und räuberischen Vorteilsnahme – der Begriff Wettbewerbsstaat ist eher geeignet, diese Konsequenzen zu verharmlosen.

Durch die Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit verliert jetzt die in vielen Köpfen noch verankerte „soziale Marktwirtschaft“ zunehmend ihr Gesicht. Die sozialwirtschaftlichen Bereiche können nur mehr schlecht aus dem kapitalwirtschaftlich gefesselten steuerlichen Transfer finanziert werden; es entsteht eine wachsende Verschuldung der öffentlichen

Hände, die nicht mehr abgebaut werden kann, ohne die Gesamtgesellschaft zu destabilisieren. Die gestiegenen Staats- und Zinsschulden nötigen zu den sattsam bekannten Einschnitten und Beschränkungen und üben einen zunehmenden Druck auf die Bereiche öffentlicher Dienstleistungen aus. Noch bietet sich die sog. „Privatisierung des Öffentlichen“, d. h. die kapitalwirtschaftliche Vereinnahmung, Zurichtung und Deformation des Sozialwirtschaftlichen, als Ausweichmanöver an, das jedoch weitreichende Flurschäden an der Gemeinschaft und der Zivilisation hinterlässt und auf längere Sicht zudem negative Rückkopplungseffekte für die Wirtschaft selbst auslöst.

Ein gesellschaftlicher Fortschritt ist hier allein darin zu erkennen, dass das weite Feld sozialwirtschaftlicher Arbeit und deren vielfältige Organisationsformen immer mehr einer betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung und Buchführung unterworfen wird. Dadurch wird, wie das Beispiel des hochinvestiven Bahnverkehrsbetriebs zeigt, dessen Werthaltigkeit und volkswirtschaftliche Bedeutung deutlicher, die bislang durch fehlende oder unrealistische Wirtschaftsrechnungen, kameralistische Rechnungsverfahren der öffentlichen Verwaltung oder in einem undurchdringlichen Steuer- und Subventionsdschungel verdeckt war.

### ***Die neue Problemexposition***

Geht man davon aus, dass in naher Zukunft immer mehr Volkswirtschaften ihre Wachstumsklemme, wie beschrieben, durch den zunehmenden Exportzwang zu überwinden suchen, dann ist voraussehbar, dass sich die Spannungen und Konflikte verschärfen werden. Die Weltwirtschaft wird in den kommenden Jahrzehnten einen neuen Aggregatzustand annehmen. Dessen vermutliche Kennzeichen sind: eine Überfüllung der Märkte und verschärfte internationale Konkurrenz, die Erschöpfung von Rohstoff-, Energie- und Nahrungsquellen, die Ausplünderung und Marginalisierung schwacher Wirtschaftsräume, die Zerstörung von Lebensräumen, die Millionen zur Flucht in die Elendsviertel der wachsenden Megastädte zwingt. Angesichts dieser absehbaren Folgen für die Menschen und ihre Umwelt lässt sich mit Marx sagen: im Zuge der Realisierung des Weltmarkts brechen alle Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise auf. Dabei stellt allerdings die Kapitalökonomie im global gewordenen Raum des modernen Weltsystems eine höchst elastische Formbildung dar, so dass der vorhersehbare Prozess vermutlich eine epochale Erstreckung haben wird und sein letztendlicher Ausgang nicht determiniert, sondern ungewiss ist.

Angesichts dieser Prognosen können weder die sozialen oder globalen Protestbewegungen noch Hungerrevolten, Migrationen oder Entwicklungsdiktaturen die Wende herbeiführen. Dazu bedarf es einer Bündelung gesellschaftlicher und politischer Kräfte, die sich an einer praxischen, konkreten Alternative orientieren und auf einen Bruch mit der bestehenden ‚alten Welt‘ einstellen. Für eine solche Wende scheinen die wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Grundvoraussetzungen gegeben. Sie bestehen zum einen in der industriewirtschaftlichen Warenproduktion, in der die Produktivkraft der automatisch-informationellen Systeme auf breiter Front zur Geltung gekommen ist; zum anderen in der Erreichung eines zivilisatorischen Niveaus, auf dem sowohl die Arbeit an den gemeinschaftlichen Bedingungen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens als auch die sozialökonomischen Funktionen der staatlichen Organe ein hinreichendes Gewicht gewonnen haben. Die hoch entwickelten Wirtschaftsgesellschaften lassen sich insofern als „Übergangsgesellschaften“ verstehen, deren Transformation aus einer kapital- in eine „sozialwirtschaftliche“ Organisation eine sowohl materielle als auch soziale Basis hat. Was freilich fehlt, ist ein Konzept, das diesen Prozess angemessen zu erfassen und in ihm praktisch zu orientieren vermag.

## ***Die Crux der Kapitalwirtschaft und die Leitthese zur Befreiung der Arbeit***

Um angesichts der verwirrenden Erscheinungen der Praxis das Neue kenntlicher zu machen, formuliere ich vorab die Leitthese: In der Gegenwart tritt zunehmend ein kardinaler Konstruktionsfehler der herrschenden Verwertungsökonomie hervor. Dieser besteht darin, dass als wertschaffende Arbeit nur das gilt, was sich in die Reproduktionszyklen der Waren- und Kapitalwirtschaft einfügen lässt, dass alle andere gesellschaftlich notwendige Tätigkeit jedoch als Ballast oder Anhängsel behandelt wird. Insofern war die Kapitalwirtschaft zwar ein historisch progressives Konstrukt, aber keine Wirtschaftsweise, die geeignet ist, den Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit in ihren verschiedenartigen Gestaltungen in eine rationelle und zivilisierte Form zu bringen.

Die Befreiung der Arbeit aus der Zwangsjacke kapitalistischer Ökonomie kann daher nicht allein als Befreiung der industriellen Arbeit realisiert werden; sie verlangt vielmehr eine Selbstorganisation des *gesamten* Reproduktionszusammenhangs, in dem jede Art der gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten wirtschaftlich wie gesellschaftlich zu gleicher Geltung und Verwirklichung kommt. Dies erfordert im Praktischen die paritätische Inwertsetzung *aller* gesellschaftlichen Arbeiten und damit vor allem die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste aus ihrer reprimierten Position.

Die Lösung des Problems einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise liegt daher in einer Ordnung, welche die zwei Hauptabteilungen der gesellschaftlichen Reproduktion, die industriewirtschaftliche Warenproduktion und die sozialwirtschaftlichen Dienste, im Rahmen eines ökonomischen und politischen Gesamthaushalts komplementär und paritätisch integriert. Befreiung der Arbeit heißt dann nicht die Abschaffung von Arbeit schlechthin – die ebenso albern ist wie die Verneinung der Kategorie Wert oder der Warenform –, sondern die Freisetzung von Arbeit in ihrer spezifisch sozialwirtschaftlichen Form.

Im Rahmen dieses integrierten Gesamthaushalts spielt der Staat, verstanden als ein Ensemble gesellschaftlicher Organe, die entscheidende Vermittlungsrolle: in ihrer Grundform betrachtet, wie es zunächst notwendig ist, müssen die sozialwirtschaftlichen Dienste über wertökonomisch begründete und systemisch geeignete Steuern und Abgaben finanziert und vermittels der Haushaltstitel und -mittel des ganzen Spektrums gesellschaftlicher Instanzen realisiert werden. Im volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhang tritt also, sieht man von möglichen oder auch notwendigen Mischformen ab, neben die Ausgaben aufgrund des individuellen Arbeitseinkommens die individuelle Aneignung sozialwirtschaftlicher Leistungen.

Die entscheidende These lautet nun, dass diese umrissene Neuordnung zu einer Lösung des Wirtschaftslebens von seiner Bindung an die Kapitalerhaltung und vom Druck der Kapitalverwertung führen kann. Sie beschreibt eine qualitative und grundlegende Transformation des Reproduktionszusammenhangs insgesamt, der sowohl durch Marktbeziehungen als auch durch Sozialorientierungen, insgesamt jedoch nicht mehr durch private, sondern durch gesellschaftliche Dispositive vermittelt wird. Um diese Neuordnung begreifbarer zu machen, möchte ich zunächst den schon eingeführten Begriff der sozialwirtschaftlichen Dienste erläutern.

## ***Sozialwirtschaftliche Dienste und Sozialwirtschaft***

Der Begriff „sozialwirtschaftliche Dienste“ zielt zunächst darauf, einen zur industriekapitalistischen Warenwirtschaft komplementären Bereich des Wirtschaftslebens, zugleich mit Blick auf eine alternative ökonomische Formierung, empirisch zu erfassen und analytisch zu präzisieren. Er bezieht sich auf diejenigen allgemein gesellschaftlichen oder zivilisatorisch erforderlichen Tätigkeitsfelder, die sich im Rahmen der sozial-ökonomischen Entwicklung im 20. Jahrhundert ausgefaltet haben. Ihm gegenüber greift der herkömmliche Begriff des „Sozialstaats“ oder die Bezugnahme auf sozialpflegerische Tätigkeiten im engeren Sinne zu kurz. Gleichfalls bleiben die gängigen Begrifflichkeiten wie öffentliche Dienstleistungen, Sozial-

ökonomie, Dritter Sektor usw. schwammig, nicht zuletzt, weil die Durchdringung der Materie eine Theorie der Sozialwirtschaft voraussetzt.

Empirisch beschreibbare Felder sozialwissenschaftlicher Dienste sind: Familienarbeit, Erziehung und Jugendpflege; Grund- und Erwachsenenbildung, berufliche Aus- und Fortbildung; Wissenschaft und Forschung; sozialkulturelle Gemeinschaftsdienste, staatliche Verwaltung und gesellschaftliche Körperschaften auf allen Ebenen; Rechtspflege, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftskontrolle; Wirtschaftsbereiche mit gesellschaftlichem Auftrag; Arbeitsverwaltung und Arbeitsförderung; Sozialversicherung aller Zweige und deren soziale Dienste; kommunale Verwaltung, kommunale Betriebe und Zweckverbände, öffentliche Sicherheit, Verbraucherdienste, Energieversorgung und Entsorgung, Wohnungsbau und Stadterneuerung; Natur- und Landschaftspflege; öffentlicher Verkehr; Bildung und Medien, Sportwesen und öffentliche Freizeiteinrichtungen, Kulturpflege, Integrationsarbeit; Umwelt- und Naturschutz; gesellschaftliche Notdienste, allgemeine Wohlfahrtspflege und spezielle sozialpflegerische Aufgaben, die allgemeine Gesundheitsversorgung sowie nicht zuletzt der weite Bereich internationaler Aufgaben, Beziehungen und Hilfen.

Unter der politisch-ökonomischen Kategorie der „sozialwirtschaftlichen Dienste“ werden also alle diejenigen wirtschaftlich bedeutsamen Aktivitäten zusammengefasst, durch die – im Unterschied zur industriewirtschaftlichen Produktion für den Warenmarkt und privaten Verbrauch – die allgemeinen oder gemeinschaftlichen Bedingungen und Elemente des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens hervorgebracht und besorgt werden. Sie zielt auf den Teil der gesellschaftlichen Arbeit, der für die Produktion und Reproduktion des sozialzivilisatorischen Fundaments und Gehäuses der modernen Gesellschaft aufgewendet wird.

Diese sozialwirtschaftlichen Dienste sind jedoch weder durch ihre Rechtsgestalt oder ihren Sachgehalt noch ihren Verwendungszusammenhang hinreichend charakterisiert. Ihnen kann die kapitalistische Form übergestülpt werden, wie der Privatbetrieb von Kindergärten, Schulen und Universitäten, Autobahnen und Krankenhäusern oder sogar Stadtverwaltungen zeigt; sie können aber auch in der weiterweisenden öffentlichen Form der Gemeinwirtschaft oder Genossenschaft organisiert sein und sich auf dieser Grundlage entwickeln. Ihrer eigentümlichen ökonomischen Form nach sind sie jedoch durch ihre Einbettung in eine, auch die industriewirtschaftliche Warenproduktion übergreifende und sie durchdringende sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung bestimmt. In diesem Sinne ist unter „Sozialwirtschaft“ eine alternative, nicht-kapitalistische und zivilisatorisch höherstehende, Wirtschaftsverfassung zu verstehen.

### ***Die Sozialwirtschaft als Systemalternative zur Kapitalwirtschaft***

Das alte, wirtschaftsgeschichtlich überfällige System beruht auf dem Austausch zwischen Kapital und warenwirtschaftlichem Arbeitsvermögen im Rahmen eines Regimes zwanghafter Kapitalverwertung, das die gewachsene und gesellschaftlich vermehrt geforderte Wirtschaftsabteilung der sozialwirtschaftlichen Dienste disparitätisch und repressiv behandelt. Denn diese gelten aus Sicht der industriewirtschaftlichen Warenproduktion nicht als wertschaffend, sondern als -verzehrend. Sie gelten als „unproduktiv“ und werden dementsprechend aus der steuerlichen Belastung kapitalwirtschaftlicher Einkommensarten finanziert. So sind sie praktisch ein „Minusposten“. Dieses Kalkül ist jedoch grundlegend unsozial, weil in die Kapitalrechnung weder der Wert dieser Dienste als ökonomisch-zivilisatorische Vorleistung noch die entsprechenden ökologischen oder sozialen Folgekosten in angemessener Weise eingehen. Zwar mögen sich die Lohnabhängigen damit trösten, dass sie aus den gesellschaftlichen Fonds, in die sie durch Steuern und Abgaben einzahlen, im beschränkten Umfang öffentliche Dienstleistungen erhalten, und bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit eine elementare Versorgung gewährleistet ist; aber es handelt sich, wie gesehen, um das zuneh-

mend prekäre Arrangement einer historischen Reproduktionsordnung, das nur aus Sicht der Kapitalwirtschaft und ihrer Apologeten als unabdingbar und unvermeidlich erscheint.

Bei konsequenter Durchleuchtung des Gesamtzusammenhangs wird jedoch offenbar, dass die objektive Stellung der sozialwirtschaftlichen Dienste im gesellschaftlichen Wertehaushalt darin besteht, dass deren Gesamtleistung oder -wert eine *unmittelbare Voraussetzung* der industriewirtschaftlichen Warenproduktion bildet. Sie sind daher nicht wertverzehrend, sondern wertschaffend, weil diese ohne jene gar nicht möglich wäre. Wie es daher aus Sicht der sozialwirtschaftlichen Dienste als richtig und aus gesamtgesellschaftlicher Sicht als notwendig erscheint, muss diese Wertschöpfung, analog der aus der Marxschen Kapitalanalyse bekannten Wertübertragung des konstanten Kapitals, auch als konstanter Wertteil im Produktionsbereich zur Erscheinung kommen. Sie muss aufgrund der objektiv-realen Verschlingung des Reproduktionszusammenhangs als ein proportionaler Wertanteil der Produktions- und Konsumtionsmittel in die industriewirtschaftliche Warenproduktion eingehen. Diese ist daher entsprechend zu besteuern, um den zunächst unsichtbaren sozialwirtschaftlichen Wertteil in der Kosten- und Ergebnisrechnung der Kapitalwirte sichtbar und greifbar zu machen. In der praktischen Durchsetzung dieses objektiven Zusammenhangs aber liegt die Bestätigung für die wertschaffende Qualität der sozialwirtschaftlichen Arbeit mit dem Effekt, dass dieser Bereich relativ ausgedehnt werden und damit zugleich zum Garanten einer ausgeglichenen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung wie des zivilisatorischen Fortschritts werden kann.

Eine solche sozialwirtschaftliche Reproduktionsordnung, die dem Zusammenhang der beiden Abteilungen auch werttheoretisch Rechnung trägt, beruht freilich nicht mehr auf dem bisherigen antagonistischen Verhältnis zwischen privatem Kapital und wertschaffender Arbeitskraft, zwischen toter und lebendiger Arbeit, sondern auf einem paritätischen und gesellschaftlich regulierten Verhältnis zwischen der industriewirtschaftlichen und der sozialwirtschaftlichen Arbeit; bildlich gesprochen: im Austausch zwischen den zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit. Die Kategorie des privaten Profits, der Aneignung eines Mehrwerts durch Kapitaleinsatz, verliert in dieser Partnerschaft ihre Bedeutung und praktische Funktion. In dieser neuen ökonomischen Praxisformierung ist ein betriebs- und volkswirtschaftliches Kalkül jenseits des Verwertungszwangs der Kapitalwirtschaft in Kraft gesetzt.

Diese Sozialwirtschaft ist kein Verwertungs- und Akkumulationsregime mehr, sondern ein gleichgewichtiges Entwicklungssystem der gesellschaftlichen Arbeit, das den Betrieben innerhalb der Grenzen und Möglichkeiten der verfügbaren Konsumtions- und Akkumulationsfonds bestimmte Erwerbs- und Entwicklungschancen eröffnet. In diesem System können sich Regeln eines Wirtschaftens durchsetzen, die schon bisher in den gemeinnützigen oder gemeinwirtschaftlichen Vorformen angelegt sind und waren: Können Überschüsse bilanziert werden, so figurieren diese nicht als Profit, sondern als Prämien, d. h. als Ersparnisanteil im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Dies entspricht in wertökonomischer Hinsicht der Marxschen Idee einer transparent gewordenen und kontrollierbaren Ökonomie der Arbeitszeit, die freilich eine in Bornierungen befangene wirtschaftsliberale Theorie nie anerkennen wird, weil sie zwischen der kapitalwirtschaftlichen Form des *Profits* und dem sozialwirtschaftlichen Ergebnis als *Ersparnis* keinen qualitativen Unterschied zu erkennen vermag.

Infolge der Brechung der Kapitalfunktionalität kann in der sozialwirtschaftlichen Ordnung das Wirtschaftsleben in vielerlei Hinsicht neue Charakterzüge annehmen. Da die neue Wirtschaftlichkeitsrechnung der ökonomischen Entwicklung keine bestimmten Inhalte und keine bestimmte Richtung mehr aufzwingt, insbesondere keinen Zwang zur ständigen Akkumulation und Konzentration des Kapitals, ergibt sich die praktische Notwendigkeit, das wirtschaftliche Leben maßgeblich durch Haushaltspläne der gesellschaftlichen Organe, von der kommunalen, zivilgesellschaftlichen und regionalen bis zur gesamtstaatlichen und internationalen Ebene, sowie der wirtschaftenden Betriebs- und Organisationseinheiten zu bestimmen. Diese können auf der Grundlage einer nunmehr durchsichtigen Haushalts- und Wirtschaftsinforma-



tik mit gemeinnützigen Orientierungen und mit haushälterischer Rechnungslegung arbeiten. Die notwendigen Produktions- und Rechnungskontrollen über die Arbeit der gesellschaftlichen Organe und über das Wirtschaftsgebaren der Betriebe sind jetzt selbst eine sozialwirtschaftliche Tätigkeit hohen Ranges. Aufgrund der wesentlich haushälterischen Logik können sich Haushaltspläne und Produktionsentscheidungen maßgeblich von den inhaltlichen Gesichtspunkten der gesellschaftlichen Lebensproduktion leiten lassen und auf die ökologisch fundierte und zivilisatorisch gemäße Fülle des Lebens richten.

Die objektiven Wertverhältnisse dieser neuen Reproduktionsordnung implizieren andere Rechts- und Eigentumsverhältnisse. Denn die im Bereich der Warenproduktion rangierenden Werte gelten nun zugleich als gesellschaftliche Werte, weil die gesamte sozialwirtschaftliche Leistung als ihre notwendige sachliche Voraussetzung gilt und in ihr Wertkontingent eingeht. Die im Bereich der sozialwirtschaftlichen Dienste erzeugten Werte hingegen sind schon aufgrund ihrer Finanzierung keine privat erzeugten Werte, sondern unmittelbar öffentlich und gesellschaftlich. Die private Aneignung der in gesellschaftlicher Koproduktion erzeugten Produktionsmittel, nur weil sie im Verfügungsbereich ihrer Agenten liegen, ist daher offenkundig sach- und rechtswidrig. Die Produktionsmittel können ihnen, wie den sozialwirtschaftenden Einheiten, zur verantwortlichen Nutzung im gesellschaftlichen Auftrag, etwa als genossenschaftliches Eigentum, überlassen werden. Sie stellen in solchen gemeinwirtschaftlichen Betriebsformen auch nicht mehr, wie vormals, einen fixen oder zu akkumulierenden Wertbestand dar, sind also kein „konstantes Kapital“ mehr im alten Sinne, sondern können und müssen mit dem technischen Fortschritt und wirtschaftlichen Wandel wertberichtigt werden.

In dieser neuen Konstellation der Sozialwirtschaft haben also die Kategorien des Kapitals und mit ihnen der Zwang zur Verwertung und Akkumulation ihren Sinn verloren und fungieren andere Formbildungen des Werts als Ausdruck der gesellschaftlichen Arbeit. In ihr sind neue Inhaltsbestimmungen des Wirtschaftens und eine neue ökonomische Rationalität maßgeblich. Dabei wird es sich jedoch, in welchem sozialräumlichen Umkreis auch immer, um die Arbeit und das Wirtschaften eines bestimmten Gesellschaftssubjekt und dessen wirtschaftsgesellschaftliche Selbstorganisation handeln, um eine Nationalökonomie also, in der marktwirtschaftliche und sozialökonomische Elemente sowie die gesellschaftlichen Dispositive eine neuartige Synthese eingehen. In ihr ist das Prinzip aller wirtschaftlichen Aktivitäten nicht mehr verwertungsökonomisch, sondern sozialwirtschaftlich. Damit rücken einerseits die sozialwirtschaftlichen Dienste in den Vordergrund, die für die je gegebene, sozialräumlich organisierte Gesellschaft die allgemeinen und gemeinschaftlichen Grundlagen des zivilisierten Zusammenlebens besorgen. Andererseits gibt es im Bereich der Warenwirtschaft, in der mit gesellschaftlichen Mitteln produziert, in gesellschaftlicher Verantwortung kontrolliert und de facto gemeinnützig operiert wird, keine dem Verwertungskalkül entspringende Notwendigkeit mehr, die Warenproduktion für den internationalen Markt und den Kapitalexpert zu forcieren. Vielmehr ermöglicht und erfordert die neue Praxis einen internationalen Austausch nach praktischen Notwendigkeiten und nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit.

Auf der Grundlage einer sozialwirtschaftlichen Selbstorganisation kann sich die moderne Wirtschaftsgesellschaft als ein im Prinzip nationalökonomischer wie weltoffener Zusammenhang konstituieren, der seine spezifische soziale und ökonomische, ökologische und kulturelle Gestalt entwickelt, und der in internationalen Kooperationen an einer paritätischen Mondialisierung mitwirkt. Unter den Bedingungen der internationalen, globalen Wirtschaftsbeziehungen ist also eine solche, hier in Grundzügen skizzierte, sozialwirtschaftliche Transformation der Gesellschaft eine realistische Option für die kommende Entwicklungsperiode. Sie impliziert den Bruch mit dem Mythos des „freien Welthandels“ und der sozialwidrigen Globalisierung der Kapitalwirtschaft und beinhaltet eine konstruktive Alternative zum Paradigma des Neoliberalismus.

**Ausgewählte Beiträge des Verfassers:**

Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, S. 909-924 in: UTOPIE kreativ, Nr. 132, Oktober 2001.

Karl Marx, der Marxismus und die Philosophie der Praxis. Zur Re-Konzeptualisierung der politischen Philosophie. S. 179-193 in: Aufklärung und Kritik, Sonderheft *Was bleibt vom Marxismus*, 10/2005. Online: [www.praxisphilosophie.de/muemarx.pdf](http://www.praxisphilosophie.de/muemarx.pdf)

Sozialwirtschaft als Systemalternative, S. 254-289 in: Horst Müller (Hg.), *Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft*. BoD-Verlag, Norderstedt 2005.

Historische Schranken der Kapitalwirtschaft und die Frage nach der konkreten Alternative. S. 105-122 in: H.-G. Draheim u. D. Janke (Hg.), *Legitimationskrise des Neoliberalismus – Chance für eine neue politische Ökonomie?* Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus Heft 25, RLS-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 2007.

Alternativkonzepte der politischen Ökonomie - Sozialismus des 21. Jahrhunderts? S. 204-266 in: Horst Müller (Hg.), *Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts*. Kritik, Analytik, Alternativen. BoD-Verlag, Norderstedt 2007.

*Dr. Horst Müller arbeitet als Sozialinformatiker in Nürnberg. Er gestaltet das Portal [www.praxisphilosophie.de](http://www.praxisphilosophie.de) Im Interview: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26202/1.html>*